

Erwerbslose geben die Jobsuche auf

Die Zahl der Erwerbstätigen ist stärker zurückgegangen, als die Arbeitslosenstatistik anzeigt

NICOLE RÜTTI

Die Arbeitslosigkeit hat im August erneut zugenommen. Seit Februar, vor Ausbruch der Corona-Krise, ist die Arbeitslosenquote in der Schweiz von 2,5 auf 3,3% gestiegen. Betrachtet man den August des Vorjahres, so hat sich die Zahl der bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) gemeldeten Personen um 52 000 Personen erhöht. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit der vergangenen Monate spiegelt die Realität am Arbeitsmarkt jedoch nur zum Teil. Denn die Veränderungen bei den Erwerbstätigen fällt deutlich grösser aus, als die Arbeitslosenzahlen vermuten lassen.

Von Ende 2019 bis im zweiten Quartal hat sich die Zahl der Erwerbstätigen um 106 000 reduziert. Laut Michael Siegenthaler von der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH taucht jedoch rund die Hälfte der ehemals Erwerbstätigen nicht in der Arbeitslosen- bzw. der Erwerbslosenstatistik auf. Dies lässt darauf schliessen, dass sich zahlreiche Personen aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Viele, die gerne arbeiten würden, hörten auf, aktiv nach einer Stelle zu suchen. Laut Siegenthaler dürfte es sich dabei um gut 1% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter handeln. In Anbetracht des Lockdowns, der gesunkenen Stellenzahl und der gestiegenen Suchdauer für Arbeitslose erstaunt dies nicht.

Alle Altersgruppen betroffen

Die Entwicklung ist gleichwohl bemerkenswert, zumal es eine solche am Schweizer Arbeitsmarkt seit langer Zeit nicht mehr gegeben hat. Letztmals war dies während der Erdölkrise in den 1970er Jahren der Fall, als viele Frauen den Arbeitsmarkt verlassen haben und ausländische Arbeitskräfte, die als erste ihre Stelle verloren, in ihr Ursprungsland zurückkehrten. Diesmal dürfte die Situation anders aussehen. Eine Abwanderung im grossen Stil ist nicht erkennbar. Auch scheinen Frauen nicht überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen zu sein.

Schaut man, wer gerne arbeiten würde, aber nicht mehr aktiv auf Stellensuche ist, so sind alle Altersgruppen tangiert: Am stärksten die Jugendlichen und die Älteren (65+), aber auch die 25- bis 65-Jährigen. Teilweise dürfte es sich hierbei um Studenten und Pensionierte han-



Nicht alle, die ihre Arbeitsstelle verloren oder aufgegeben haben, melden sich beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum.

MATTHIAS WÄCKERLIN / NZZ

deln, die ihren Nebenjob verloren haben, oder (im mittleren Alterssegment) auch um Eltern, die sich während der Schulschliessungen um die Betreuung des Nachwuchses kümmern mussten.

Siegenthaler geht davon aus, dass sich die Situation inzwischen bereits etwas verbessert hat und wieder mehr Personen an den Arbeitsmarkt zurückgekehrt sind. Laut den Datenexperten von Novalytica und dem HR-Tech-Unternehmen X28 ist die Anzahl der

publizierten Stellen von Juni bis August 2020 in der Schweiz um über 50% auf rund 40 000 Anzeigen in die Höhe geklettert. Das Niveau bleibt allerdings klar hinter dem Vorjahr zurück: Im August 2020 wurden 15% weniger Stellenanzeigen publiziert als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig hat sich laut dem Arbeitsmarktexperten George Sheldon die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit auf rund sieben Monate erhöht, was beinahe einer Verdoppelung gegen-

über Anfang Jahr bedeutet. Er erwartet, dass sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen bis im kommenden Sommer markant erhöhen wird.

Dass sich Personen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, lässt sich auch in Deutschland, Italien oder in den USA beobachten. In Italien ist die Arbeitslosigkeit während des Lockdowns sogar gesunken, was auch mit dem verhängten Kündigungsstopp zusammenhängen dürfte. Die USA hatten auch nach der Finanzkrise einen ausgeprägten Rückgang der Erwerbstätigen erlebt – mit verheerenden Folgen wie weitverbreiteten gesundheitlichen und psychischen Problemen in gewissen Bevölkerungsgruppen. Für die Schweiz besteht hingegen vorläufig kein Grund zur Annahme, dass sich die Sonderlage längere Zeit hinziehen wird.

Weniger Anträge auf Kurzarbeit

Gestiegen ist in den zurückliegenden Monaten vor allem die Jugendarbeitslosigkeit – nämlich von 2,5% im Vorjahr auf 3,9% im August. Zwar ist es allgemein so, dass Arbeitslosigkeit bei den 15- bis 24-Jährigen in den Sommermonaten steigt, weil viele dann ihre Ausbildung beenden und sich auf Stellensuche begeben. Mit dem Ausbruch der Corona-Krise fällt es ihnen aber besonders schwer, auf dem Arbeitsmarkt Tritt zu fassen.

Stark zur Abfederung der Lage am Arbeitsmarkt hat aber die Kurzarbeit beigetragen, wie Boris Zürcher vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) am Mittwoch ausführte. Laut groben Schätzungen des Seco wäre die Arbeitslosigkeit ohne Kurzarbeit im April auf über 20% hochgeschneit. Mit der Öffnung der Wirtschaft im Mai und im Juni hätte sie dann noch etwa 8% betragen.

Mit Blick auf die Kurzarbeit hat sich die Situation denn auch sichtlich entspannt. Einerseits haben deutlich weniger Beschäftigte Entschädigungen für Kurzarbeit beansprucht, als die hohe Zahl der Voranmeldungen erwarten liess. Angemeldet für Kurzarbeit waren in den Monaten April bis Juni rund 1,9 Mio. Personen bzw. 37% der hiesigen Beschäftigten. Tatsächlich beansprucht haben die Leistung im April jedoch «nur» 1,3 Mio. Personen, im Mai waren es 1 Mio. und im Juni noch 500 000 Personen (wobei für Juni noch eine leichte Anpassung nach oben zu erwarten ist). Andererseits haben die Firmen jüngst deutlich weniger Anträge auf Kurz-

arbeit eingereicht – für September sind es 407 000 bewilligte Gesuche, was etwa 7,9% der Beschäftigten entspricht. Entsprechend dürften die erwarteten Ausgaben für die Kurzarbeit deutlich niedriger ausfallen als die 20 Mrd. Fr., die man beim Seco ursprünglich veranschlagt hatte. Auch haben die arbeitsrechtlichen Massnahmen laut Seco massgeblich dazu beigetragen, die krisenbedingten Einkommenseinbussen der Arbeitnehmer abzufedern.

Insgesamt hat sich die Situation seit Beendigung des Lockdowns in den zurückliegenden Monaten stabilisiert. Dies dürfte unter anderem mit der Teilerholung im Gastgewerbe zusammenhängen, das in den Bergregionen vom regen Zulauf inländischer Gäste profitiert hat. Auch im Bau wurden wiederum mehr Arbeitskräfte eingestellt. Gleichwohl dürfte die Zahl der Arbeitslosen in den kommenden Monaten weiter zunehmen. Darauf deutet zum einen die relativ hohe Zahl der Stellensuchenden hin, die (noch) nicht als Arbeitslose registriert sind, weil sie sich in der Kündigungsfrist befinden.

Weniger schlimm als befürchtet

Zum anderen dürften sich auch die zunehmenden Massenentlassungen zeitlich verzögert in den Arbeitslosenzahlen niederschlagen. Laut dem Seco haben von März bis August jedoch «bloss» 139 Unternehmen Personalabbau in grösserem Stil bekanntgegeben. Betroffen sind insgesamt 8000 Angestellte. Eine grosse Entlassungswelle zeichnet sich im Urteil von Zürcher vorerhand nicht ab.

In Anbetracht der eher positiven Entwicklung haben die Seco-Ökonomen ihre Prognose für den Arbeitsmarkt revidiert. Sie erwarten, dass die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2020 weniger als 3,5% betragen wird. Im Juni waren sie noch von einem Wert von 3,8% ausgegangen. Auch der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) wird laut den Bundesökonominnen weniger kräftig ausfallen als befürchtet. Sie gehen nun von einem BIP-Einbruch von 5% aus, nachdem sie im Juni noch ein Minus von 6,2% prophezeit hatten. Eine wichtige Voraussetzung dafür sei, dass eine weitere massive Verbreitung des Coronavirus sowie stark einschränkende Eindämmungsmassnahmen im Inland wie bei wichtigen Handelspartnern ausblieben, halten die Ökonomen einschränkend fest.

Die Europa-Bank der UBS bleibt hinter ihren Zielen zurück

Trotz Gewinneinbruch und vielen Wechsellern an der Spitze hält das Institut an seinen grossen Ambitionen fest

MICHAEL RASCH, FRANKFURT

Deutschland hat eine Tradition als Problemmarkt für die UBS. Zwischen Nordsee und Alpen hat die Schweizer Grossbank lange Zeit vor allem eines erwirtschaftet: Verluste. Ende 2016 bündelte die UBS dann das ausserhalb der Schweiz betriebene europäische Vermögensverwaltungsgeschäft in der UBS Europe SE in Frankfurt. Diese sogenannte Europa-Bank der UBS sollte sowohl die verwalteten Vermögen als auch die Gewinne mit zweistelligen Raten steigern, wie der damalige Vorstandssprecher Thomas Rodermann gegenüber der NZZ sagte. Zumindest 2019 ist das wieder einmal nicht gelungen. Der Jahresüberschuss brach um satte 31% von 68,1 Mio. auf 46,7 Mio. € ein.

In der Europa-Bank hat die UBS zwölf Ländereinheiten zusammengefasst. Grösster Verlustbringer war 2019 Deutschland mit einem Minus von 53 Mio. €. Danach folgten Italien mit 18 Mio. und Frankreich mit 4 Mio. Gewinne hat die Bank hingegen an ihrem Fondsstandort Luxemburg (83 Mio.), im Vereinigten Königreich (32 Mio.) und in den Niederlanden (25 Mio.) erzielt. Dabei enthalten die Zahlen der UBS Europe

SE im Jahr 2019 erstmals auch das Ergebnis der ehemaligen UBS Limited in London, die Anfang März 2019 im Rahmen einer Fusion auf die Europa-Bank übertragen wurde. Damit hat Frankfurt auch Teile der Investmentbank zugeordnet bekommen. Durch die Fusion hat sich die Bilanzsumme der Europa-Bank auf 50 Mrd. € verdoppelt.

Ziel: Nummer 1 in Deutschland

Bei den Zahlen muss man allerdings berücksichtigen, dass Deutschland das gesamte negative Treasury-Ergebnis in Höhe von 50 Mio. € belastet wird. Zudem sei in Deutschland ein überproportionaler Teil der übergeordneten Fixkosten angefallen, teilte die Bank mit, und 2019 sei geprägt gewesen von Sondereffekten durch die Fusion mit der britischen UBS Limited. Deutschland sei für die Bank immer noch einer der grössten und wichtigsten Vermögensverwaltungsmärkte in Europa. Die Bank wolle in den nächsten Jahren im Wealth-Management die Nummer eins in Deutschland werden und den Marktanteil durch die Konzentration auf organisches Wachstum ausbauen, teilte ein Sprecher auf Anfrage mit. Dabei helfe

der Bank, dass die UBS aufgrund ihrer Stabilität und mit dem Hauptsitz in der Schweiz als sicherer Hafen gelte.

Der damalige Vorstandssprecher Rodermann hatte vor allem auf drei Effekte gesetzt, um das Europa-Geschäft attraktiver zu machen. Erstens sollte das Zusammenlegen der verschiedenen Ländergesellschaften eine höhere Kapitaleffizienz bringen, da man dadurch sehr viel weniger Kapital in den einzelnen Ländern vorhalten muss. Zweitens sollten die bei solchen Transaktionen üblichen Kostensynergien erzielt werden, weil Doppelspurigkeiten – etwa in der Unternehmensführung oder im Umgang mit dem Regulator – wegfallen. Und drittens verwendet die UBS seitdem ihre erprobte Schweizer Plattform für das Wealth-Management und das Retail-Geschäft für alle Ländergesellschaften.

Ein Wachstum im zweistelligen Bereich gab es aber nur 2019, wogegen 2018 für die Europa-Bank ein ziemlich schlechtes Jahr war, in dem die verwalteten Vermögen in Deutschland sogar zurückgegangen sind. Im vergangenen Jahr wurde Rodermann durch Christine Novakovic abgelöst, die operative Leiterin der Vermögensverwaltung in Europa,

dem Nahen Osten und Afrika. Das deutsche «Handelsblatt» schrieb in diesem Zusammenhang von einem Machtkampf in der Bank zwischen Frankfurt und Zürich, den Rodermann verloren habe. Von der Zusammenlegung der operativen und der regulatorischen Verantwortung für Kontinentaleuropa bei Novakovic versprach sich die Bank weitere Impulse. Die Managerin gilt als gute Bankerin, hat es aber bis heute nicht in die Konzernleitung geschafft. Zudem brummt bei der ganzen Bank das Wealth-Management zu wenig.

Fünf-Sterne-Kunden fehlen

2019 schaffte die Europa-Bank zwar immerhin ein zweistelliges Wachstum von 12,5% bei den verwalteten Vermögen, doch 2020 stagnierten diese bis jetzt bei 144 Mrd. €, heisst es von der Bank. Dies geschieht allerdings in einem schwierigen Börsenumfeld und unter einer hohen gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit aufgrund der Corona-Pandemie. In Deutschland haben sich die verwalteten Vermögen 2020 bisher um 5 Mrd. auf 51 Mrd. € (+10,8%) erhöht. Dies ist insofern erstaunlich, als es bei der Leitung der deutschen Vermögens-

verwaltung in den vergangenen Quartalen gleich drei Wechsel gegeben hat.

Im Mai 2019 war Barbara Rupf Bee von der UBS zu Allianz Global Investors gewechselt, und ihr Nachfolger Marcus Stollenwerk gab wenig später bekannt, nach einer Abkühlungsperiode von einigen Monaten zum Konkurrenten Flossbach von Storch zu gehen, um dort die Vermögensverwaltung zu übernehmen. Stollenwerks Nachfolger wiederum ist Tobias Vogel, der Chef der Investmentbank der UBS Europe SE, der nun zusätzlich die Betreuung der reichen Privatkunden in Deutschland übernimmt.

In Deutschland wolle sich die Bank weiterhin um vermögende und sehr vermögende Kunden bemühen, teilte die Bank mit. In diesen beiden Segmenten verzeichne man seit Jahresbeginn ein überproportionales Wachstum. Auch bei der Europa-Bank insgesamt würden Gewinn und Umsatz steigen sowie die Kosten sinken. In den letzten Jahren war die Vermögensverwaltung stark getrieben von Kunden mit Vermögen unter 2 Mio. €. Intern machten sich Mitarbeiter bereits lustig, man biete eine Fünf-Sterne-Infrastruktur, habe aber überwiegend Drei-Sterne-Kunden. So könne man letztlich kein Geld verdienen.